

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

578 (12.12.1921) Mittagausgabe

# Badische Presse

## Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Ansicht / Feld u. Garten / Reise- u. Badezeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Ziegler & Co.

Redaktion: Karlsruhe, Postfach 100. Telephon: 100. Dr. Kurt Weiger.

Geschäftsstelle: Nr. 86. Redaktion: Nr. 309 und 310.

Geschäftsstelle: Nr. 86. Redaktion: Nr. 309 und 310. Postfach: Karlsruhe Nr. 8359.

Bezugs-Preise: In Karlsruhe: Am Verteiler und in den Abstellstellen abwärts monatlich M. 9.50, frei ins Haus monatlich M. 10.50.

Die Abgabe von Beilagen M. 2.10, abwärts M. 2.80. Sielenaufgabe und Familienanzeigen M. 1.60. Die Beilagen M. 9.50, an 1. Stelle M. 10.50.

# Der Reichskanzler über Deutschlands Entwaffnung.

## Gegen Lefèvre, Barthou und Briand.

W.B. Berlin, 10. Dez. Der Reichskanzler gewährte dem Berliner Vertreter des Matin, Paul Genty, heute eine Unterredung, in der er über die Frage der angeblichen deutschen Rüstungen folgendes ausführte:

In der Sitzung der französischen Kammer vom Donnerstag sind über den Stand der deutschen Rüstungen und über eine angebliche Behauptung des europäischen Friedens durch deutsche Offensivpläne auf neue ungeheuerliche Behauptungen aufgestellt worden, die ich im Interesse der friedlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht unwillig lassen darf, um so mehr, als es der früheren französischen Kriegsminister Lefèvre gewesen ist, der in seiner Rede diese Behauptungen aufgestellt und als der jetzige französische Kriegsminister Barthou ausdrücklich die Wahrheit dieser Angaben bestätigt hat. Ich spreche zu Ihnen nicht aus Freude an einer Polemik über diese Angelegenheit, sondern nur um einige ganz klare Feststellungen zu machen. Lefèvre behauptet, die Reichswehr sei für den Fall der Mobilisierung dazu bestimmt, die nötigen Cadres für Freikorps zu liefern, die in Deutschland vorhanden seien. Demgegenüber stelle ich fest, daß in Deutschland alle Freikorps durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst sind und daß diejenigen, die sich an der Bildung solcher Freikorps beteiligten, den gesetzlichen Strafen verfallen. Die Bildung von Geheimorganisationen wird von der Regierung, wie jedem bekannt, der die Entwicklung in Deutschland kennt, mit Energie bekämpft, einer Energie, zu der sich die Regierung einer demokratischen Republik schon aus innerpolitischen Gründen verpflichtet sieht. Lefèvre spricht in diesem Zusammenhang auch von angeblich vorhandenen Aufmarschplätzen der deutschen Armee hinter dem Schwarzwald, die von Stuttgart nach der Schweiz verdröpelt seien. Davon ist in Deutschland keinem Menschen etwas bekannt, und ich zweifle nicht daran, daß sich Lefèvre die nötige Unterstützung in dieser Beziehung von jedem der in Deutschland vorhandenen Kontrollorgane holen könnte, die eine solche Linie wohl festgestellt hätten, wenn sie vorhanden wäre. Die Frage der Waffenfundamente in Deutschland und der geheimen Bewaffnung mit verschiedenen Waffen spielt in der Rede Lefèvres ebenfalls eine große Rolle. Man behauptet, einen Jagdkarabiner gefunden zu haben, der in 30 Minuten in ein Infanteriegewehr umgewandelt werden könnte. Insofern ist, daß kürzlich von der internationalen Kontrollkommission bei der Kraftfahrzeugabteilung in Cannstatt ein einzelner, neu gefertigter, aber für schweren Schuß unbrauchbarer Karabiner vorgefunden wurde. Die Truppe hatte diesen Karabiner, der lediglich als Zielwaffe nutzbar und auch dazu bestimmt war, nicht zu den von der Kommission verbotenen Waffen gerechnet und mit diesem Urteil hat sie, glaube ich, mehr recht gehabt, als diejenigen, die aus dem Vorhandensein dieser Waffe auf eine Bedrohung der französischen Armee schließen wollten. Es ist richtig, daß da und dort Gewehre und andere Waffen in geringer Anzahl immer noch gefunden werden; besonders Auffsehen scheint die Auffindung von 500 Geschützrohren in einer kleinen fälschlich Fabrik gemacht zu haben. Ich habe mir über diesen Fall genau Bericht erlassen lassen. Es handelt sich dabei nicht etwa um Geschütze, alle nicht um fertige Kriegswaffen, sondern um Geschützrohre aus Nickelstahl, die vor Kriegsende fertiggestellt worden waren, aber infolge des Waffenstillstandes nicht mehr zur Abarbeitung an das Reich kamen. Der Besitzer der Fabrik hat nun diese Rohre in der Absicht, das Rohmaterial bei seiner auf den Frieden einzurichteten Fabrikation zu verwerten, für sich behalten und verborgen. Die Absicht, aus diesen Rohren Geschütze zu machen, bestand nicht. Die Beteiligung deutscher amtlicher Stellen oder irgend einer privaten Organisation an der Zurückhaltung dieses Materials liegt in keiner Weise vor. Von den großen Kanonen des Weltkriegs 77, von denen Lefèvre sagt, daß sie noch nicht entdeckt seien, war nur eine sehr geringe Anzahl vorhanden. Es wurden während des Krieges im ganzen sieben dieser Riesengeschütze hergestellt, von denen bereits vier während des Krieges unbrauchbar geworden und zerstört worden waren; die übrigen drei sind im Laufe des Jahres 1919 zerstört und zerstört worden. Besondere Bedeutung hat Lefèvre dem Vorwort beigegeben, das General v. Seeckt dem zur Aufstellung der Reichswehr bestimmten Reglement beigegeben hat. Seine Interpretation dieses Vorwortes als Dokument, das in offener Weise den Anaristatiker verheißt, hat aus der französischen Kammer selbst heraus Widerspruch erfahren. Die Ausführungen des Abg. Lefèvre wurden vom Kriegsminister Barthou ausdrücklich bestätigt, und noch erweitert. Ich bin deshalb genötigt, auch Barthou einiges zu erwidern. Es ist nicht richtig, daß der oberste Offizier der Reichswehr über Panzerzüge verfügte, als der Waffenstillstand ausbrach. Es wurden Eisenbahnwagen, die er als Waffenträger von den alliierten Neutralen gebilligte Selbstschutzbatterie, mit improvisierten Schutzeinrichtungen versehen. Man verbarrikadierte die Wägen mit Brettern, Bohlen, Beton, Betonplatten und Sandböden, da und dort wohl auch durch Metallstacheln. Ebenfalls wie Panzerzüge gibt es in der deutschen Reichswehr neu konstruierte Maschinengewehre, die nach Angaben Barthous seit 1918 in zwei neuen Modellen hergestellt worden sein sollen. Ich füge hinzu, daß über alle diese Behauptungen zwischen der deutschen Regierung und den internationalen Kommissionen eine Fülle von Noten ausgetauscht worden sind in denen das meiste wohl zur Befriedigung der letzteren klargestellt werden konnte, jedoch ich die Bedeutung nicht verhehle, die man jetzt in Frankreich der deutschen Entwaffnungsfrage aufs neue beimißt. Über diese Frage bestand im Oktober d. J. in Frankreich offenbar vollständige Verwirrung, denn am 21. Oktober hat Briand in einer Rede vor der französischen Kammer ausdrücklich festgestellt, daß Deutschland allen Forderungen auf Entwaffnung und Zerstörung des Kriegsmaterials und auf die Herabsetzung seiner Wehrmacht u. Auflösung seiner Einwohner wehren entsprochen habe und daß eine Gefahr für Frankreich nicht mehr bestehe. Der französische Ministerpräsident bezog sich damals ausdrücklich auf die Berichte der französischen Vertreter in der Kontrollkommission, welche die Ergebnisse der Entwaffnung als befriedigend bezeichnet hätten. Auch Klotz selbst hat, wie Briand mitteilte, auf eine Anfrage, ob er ernstlich an die Möglichkeit eines Widerstandes der deutschen Regierung glaube, verneinend geantwortet. Ich glaube nicht, daß seit Oktober d. Jahres in dem Zustand der deutschen Entwaffnung Veränderungen eingetreten sind, welche das Militärdenkschriftgen, das in den französischen Kammerverhandlungen zum Ausdruck kommt. Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß alles ge-

schehen ist, was die Vorschriften über die Entwaffnung von ihr fordern. Ich kann nur wiederholen, was Briand im Oktober d. J. selbst bestätigt, daß von Deutschland dem europäischen Frieden keinerlei Gefahr droht, wenn man es seiner friedlichen Arbeit und Entwicklung seiner demokratischen Einrichtungen überläßt. Auch ich kann feststellen, daß in diesem Vorwort von einer Offensiv mit keinem Worte die Rede ist. Es wäre ja auch mehr als unsinnig, wenn Deutschland beabsichtigen würde, mit den geringen, ihm verbliebenen Kampfmitteln einen Angriff gegen einen seiner Nachbarn zu unternehmen. Da jedoch die Unverletzlichkeit der Grenzen des Deutschen Reiches weder durch den Friedensvertrag noch durch den Völkerbund garantiert ist und Deutschland deswegen mit einer Gefahr immerhin rechnen muß, muß es die ihm verbliebene Wehrmacht so ausbilden, daß sie zu der Verteidigung der Grenzen des Reiches tauglich ist. Dazu gehört die Unterweisung der Reichswehr zwar selbst nicht verfügt, mit deren Gebrauch durch die Gegner sie aber zu rechnen haben.

### Mit Spannung und einiger Hoffnung . . .

W.B. Paris, 11. Dez. Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes spricht sich in einer Tagesordnung gegen die Kammerrede André Lefèvres an und stellt fest, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, wie durch Enquêtes festgestellt, alles getan habe, um die Unternehmungen, die früher der Herstellung von Kriegsgeräten dienten, in Fabriken umzuwandeln, die der Friedensarbeit dienen.

Der Kanzler ist auch klug genug gewesen, die sachlichen Bedenken gegen den Entwurf nicht zu unterlassen; er glaubte aber sein Verlangen damit begründen zu können, daß die Annahme des Entwurfs im Reichswirtschaftsrat ja noch nicht seine endgültige gesetzliche Festlegung bedeutet, daß es sich vielmehr um eine Geste handle, die dem Auslande zeigen sollte, daß der Reichswirtschaftsrat, also das Parlament der Arbeit und in ihm wieder in erster Linie die Besitzenden der Schichten, bereit wären, auch unter starken finanziellen Opfern an der Lösung der Kreditfragen mitzuarbeiten. Er wollte weiter nichts, als ein Instrument in der Hand haben, das er als neuen Beweis des guten Willens der Entente unterbreiten konnte. Ob es dazu dieses Aufwandes bedürfte? Nach den Vorgängen der letzten Monate weiß die ganze Welt auch ohne einen solchen Rückschlag, daß Deutschland bereit ist zu einer letzten Anstrengung unter der einen Voraussetzung, daß uns dann für einige Zeit Ruhe gegeben wird, damit wir näher nicht das Gefühl haben, daß wir uns freiwillig bis aufs Hemd ausgezogen haben und man uns auch noch mit Gewalt das Hemd nehmen will. Wenn nicht anders, dann hätten die mehr oder minder offiziellen Beauftragten der Reichsregierung in London hinreichend Gelegenheit gehabt, über diese Auffassung den geistigen Führern der Entente jede Gewißheit zu geben. Deshalb ist es nicht recht ersichtlich, daß eine solche moralische Wirkung auf das Ausland das eigentliche und letzte Ziel des überraschenden Vorstoßes gewesen sein sollte. Der Reichskanzler hat als Niederlag seines bekannten Optimismus gesagt, daß er den nächsten Tagen „mit Spannung und einiger Hoffnung“ entgegenzöge. Das ist in einer öffentlichen Rede, bei der jede Nuance abgemessen werden muß, sehr viel; so kann eigentlich nur ein Mann sprechen, der sehr greifbare Unterlagen für seine Zuversicht hat. Wenn er sie aber hat, dann könnte er einer solchen Geste föhlich entbehren; zumal, da Herr Dr. Rathenau sich bereits auf der Rückreise von London befindet und in den ersten Tagen der kommenden Woche demselben Reichswirtschaftsrat Bericht erstatten wird, der heute Hats über Kopf ein Geleht verabschieden wollte, das, wie der demokratische Abgeordnete von Siemens mit Recht sagte, der Regierung eine Blanko-Vollmacht von unübersehbarer Tragweite gibt, denn der § 1 der Ley Sachenburg setzt als Aufgabe der Kreditvereinigung fest, daß sie dem Deutschen Reiche die zur Erfüllung der Kriegsschuldigkeiten erforderlichen Mittel im Wege einer Anleihe zur Verfügung stellen solle, wobei als Grundlage das gesamte Betriebsvermögen der Ge-

werbe und alle Grundstücke dienen würden. Also eine Generalverpfändung aller Sachwerte auf unbestimmte Zeit. Gegen eine solche überfüllte Gelegenheitsmacheri haben sich die Vertreter der Industrie gewandt und einen Vertragsantrag durchgeleitet, damit die einzelnen Abteilungen sich zunächst untereinander verständigen konnten. Das ist verhältnismäßig rasch gelungen. Im Reparationsauschuß fanden sich die verschiedenen Richtungen zusammen zu einer Erklärung, daß die Kreditaktion notwendig sei, daß sie aber zeitlich und dem Betrage nach beschränkt werden müsse, während gleichzeitig die Vergütung mit anderen Fragen abgelehnt worden ist. Die Industrie hat also, nochmals ausdrücklich auf die innere Verbindung mit der Sanierung der Eisenbahn verzichtet und dafür den Befehl, der der Regierung überreicht werden sollte, nach Zeit und Höhe begrenzt. Aber nun geschah das Unerwartete: als man sich in voller Einmütigkeit im Plenum zusammenfand, um dem Reichskanzler seinen Wunsch zu erfüllen, ließ derselbe Herr Dr. Wirth mitteilen, er habe jetzt andere Nachrichten und bitte deshalb darum, daß der Reichswirtschaftsrat die weitere Erledigung der Kreditaktion bis zum Dienstage vertage. Er hoffe dann nähere Mitteilungen machen zu können. Eine verblüffende Situation, die von den Willkürern des Hauses selbst mit Recht als sehr peinlich empfunden wurde; denn nachdem man sich erst die Mühe gemacht hatte, der Regierung einen Dienst zu erweisen, ließ jetzt dieselbe Regierung öffentlich zurückzuspitzen. Aber wieder setzte, bei allerdings nur sehr schwach besetztem Hause, der Reichskanzler seinen Willen durch, die weitere Aussprache wurde auf Dienstag vertagt. Sie wird sich für Herrn Dr. Wirth nicht sehr angenehm gestalten, weil der Reichswirtschaftsrat jetzt das Gefühl hat, daß er sich etwas lächerlich gemacht hat. Welche Gründe den Kanzler zu seiner plötzlichen Schwelung veranlassen, darüber ist noch nichts bekannt, vielleicht glaubt er, die Verhandlungen in London schon soweit gefördert zu haben, daß er dieses Instrument nicht mehr braucht, oder die Zahlen, die bisher noch fehlen, eintragen lassen kann. In jedem Falle ist die Regie, die in der Behandlung des Reichswirtschaftsrates gezeigt wurde, alles andere eher als glücklich zu nennen. Man kann, wie der alte Liebknecht sagte, seine Taktik in 24 Stunden vierundzwanzigmal ändern, aber nicht seine Politik. Und wenn schon aus der eigenartigen Lage heraus das ganze Reparationsproblem gegenwärtig ein allgemeines Rätselrätsel ist, so sollte die deutsche Regierung wenigstens alles vermeiden, um durch ihre widersprüchsvolle unsichere Haltung die Verwirrung noch zu erhöhen.

### Der Wortlaut des Pacific-Abkommens.

W.B. Washington, 11. Dez. Das von Senator Lodge in der heutigen Sitzung der Konferenz vertlesene Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt: Die Vereinigten Staaten von Amerika, das britische Reich, die französische Republik und das japanische Reich haben beschlossen, zwecks Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte betreffs ihrer insularen Besitzungen und ihrer insularen Dominions im Stillen Ozean ein Abkommen zu schließen. Zu diesem Zwecke haben sie Vertreter ernannt, die sich auf folgende Bestimmungen geeinigt haben: 1. Die hohen vertragstiftenden Teile verpflichten sich, gegenseitig ihre Rechte bezüglich ihrer insularen Besitzungen und ihrer insularen Dominions im Stillen Ozean zu achten. Wenn zwischen den hohen vertragstiftenden Teilen eine Meinungsverschiedenheit entsteht, die sich aus irgend einer den Stillen Ozean ergebenden Frage ergibt und ihre oben erwähnten Rechte berührt, und wenn diese Meinungsverschiedenheit nicht auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise geregelt wird und die gegenwärtig zwischen ihnen bestehende erfreuliche Harmonie zu gefährden droht, werden diese Mächte die anderen vertragstiftenden Teile zu einer Konferenz einladen, der die Gesamtheit der Fragen zwecks Prüfung und Regelung vorzulegen ist. 2. Sollten die oben erwähnten Rechte durch die aggressive Haltung einer anderen Macht bedroht werden, so werden die hohen vertragstiftenden Teile sich untereinander in vollständiger und freimütiger Weise verständigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamen Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder gesondert ergreifen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden. 3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, zehn Jahre in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes läuft es weiter, mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragstiftenden Teile das Recht hat, es mit monatlicher Anmeldung zu beenden. 4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich, entsprechend den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertragstiftenden Teile, ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.

### Die Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George.

W.B. London, 10. Dez. „Evening News“ meldet, Briand habe mitgeteilt, daß er Montag in acht Tagen, also am 19. Dezember, nach London zu kommen hoffe, um mit Lloyd George über das Reparationsproblem und andere Frage zu beraten. U. Paris, 12. Dez. (Drahtbericht.) Loucheur ist gestern nach Brüssel gereist, um mit der belgischen Regierung das Reparationsproblem zu besprechen. W.B. London, 11. Dez. Wie Reuters meldet, erwartet man, daß eine Vollkonferenz des Obersten Rats unter Teilnahme Italiens und Belgiens zur Erörterung der Frage der deutschen Reparationen sehr wahrscheinlich zu Beginn des neuen Jahres stattfinden werde.









Der Dollar = 185.19 Mk.

Glossen zur Wirtschaft. Das verpökelte Aktienkapital.

Am letzten Montag konnte nach dem Ausweise des Kurszettels jeder Besitzer einer Aktie der Pfälzischen Bank dieses Wertpapier mit einem Betrage von rund 4500 Mark in seine Vermögensaufstellung einbringen.

In dem Kommuniqué, in dem die Pfälzische Bank den Verlust ihres Aktienkapitals und ihrer Aktien an den Aktionären ihrer selbständigen Existenz bekannt gibt, teilt sie — es klingt in diesem Zusammenhang ein bisschen aufreihend — mit, daß die Geschäfte im ganzen eigentlich vorzüglich gegangen seien.

Die Rheinische Kreditbank und die Deutsche Bank haben sojald den Geschäftsbetrieb der über Nacht kapitallos gewordenen Pfälzischen Bank übernommen.

Es wird berichtet, daß der Fall der Pfälzischen Bank ein (kaum begriffliches) Unikum sei, und wenn es natürlich auch nicht ausgeschlossen ist, daß sich Ähnliches hier oder dort noch einmal ereignen wird.

Direktion und Aufsichtsrat der Pfälzischen Bank haben den Münchener Devisenarbitrageur entweder sehr schlecht gekannt oder sehr falsch beurteilt.

Industrie und Handel.

Zum Zusammenbruch der Pfälzischen Bank. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Nachwirkungen des Zusammenbruchs der Pfälzischen Bank auf das Publikum zeigte sich in einer starken Nervosität, die auch an der Börse sichtbar wurde.

Eisenwerk Gaggenau. Der Reingewinn beträgt nach Abzug aller Unkosten und Abschreibungen 1 652 953 M., aus dem 12 Prozent Dividende verteilt werden.

S. Scheller & Co., G. m. b. H., Sägewerk Hardenburg bei Dittheim (Pfalz). Die Gesellschaftsverammlung beschloß die Auflösung der Gesellschaft.

Rheinische Kreditbank Mannheim. Die außerordentliche Generalversammlung zwecks Beschlußfassung über die beantragte Kapitalserhöhung um 120 Mill. M. wird nun am 10. Januar d. J. einberufen.

Deutscher Kreditbankverein. In der Sitzung des Verwaltungsrats wurde die Bilanz und der Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. April 1914 bis zum 31. März 1921 vorgelegt.

Sichel-Konzern. Von der Leitung des Julius Sichel-Konzerns wird der Frankfurter Zeitung über die gut abgelaufene Goldkredithypothekendarlehen von Schöndorff mitgeteilt, daß die Rückzahlungsschuld von

1 180 000 holländischen Gulden am 1. Januar 1927 durch eine außerordentliche Gruppe gestrichelt. Die Julius Sichel & Co., Kommanditgesellschaft, sei in keiner Weise daran beteiligt.

Pfälzer Bank.

Zwecks Wahrung der Interessen der Pfälzer Bank-Aktionäre hat der Vermögensschutz-Verein, Zentrale Nürnberg, einen Aktionsausschuß gebildet, dessen Leitungsmitglied Herr Rechtsanwalt Dr. Koch übertragene ist.

Zusammenbruch des Allgemeinen Bankvereins A. G. Düsseldorf. Es wird nunmehr reiflos bestätigt, daß der Allgemeine Bankverein A. G. in Düsseldorf infolge verheerender Devisenflut, welche sich nach den bisherigen Ermittlungen weit auf über 120 Mill. M. belaufen, endgültig zusammengebrochen ist.

Börsenberichte. New-York, den 10. Dezember. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0.54, am 9. 12. = 0.50%.

185.19 Mark am 9. 12. = 197.- M.

Vom Valutamarkt. (Schlußnotierungen.)

Table with exchange rates for various locations including Paris, London, Amsterdam, Stockholm, and Copenhagen. Columns include location, date, and rate.

Statt jeder besonderen Anzeige. Karl Haussmann. nach höherem Willen im 60. Lebensjahre, nach schwerer Krankheit verschieden ist.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter. B. Lünzmann Wwe.

Kommen Sie möglichst am Vormittage zum Einkauf! Seifen, Waschmittel, Kerzen (Weihnachtskerzen), Toilette-Artikel.

Zwangsversteigerung. Dienstag, den 13. Dez. 1921, nachmittags 2 Uhr.

Die Gemeinde Munsingen. Am Mittwoch, den 14. Dezember 1921, vorm. 10 Uhr.

2 Stück mit je ca. 60-80 Deckst. Inhalt. Kerstenweigen. Offerten an L. Brombacher & Co. Nachf., Karlsruhe.

Ihr Passbild. In wenigen Minuten mit dem Photographen-Studio, Herrenstraße 24.

Zu kaufen gesucht. In Kauf gesucht, sofort od. später Gut erh. Wohnhaus mit Garten und Wohnung.

Wohnhaus. Wohnen eine Wohnung bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Bad, WC, etc.

Holländer. In kaufen gesucht. 2 Holländer unter 14000 an die Bad. Presse.

Häuser. 2 Häuser, teils bebaubar, teils zu bebauen, in Kauf gesucht.

Mineralwasserfabrik. Mit Grund zu verkaufen. Angeb. u. Nr. 201940 an die „Bad. Presse“ erb.

Herrnzimmer. Dunkel eichen, m. reicher Schnitzerei, 4 Stühle mit 2 Hinterverstellern, etc.

mod. Betten. erkl. Friedensware mit Kopfmattensystem, etc.

Schreibmaschine. 2 mod. Betten, erkl. Friedensware mit Kopfmattensystem, etc.

Der Badische Jäger. wird vorerst einer fidejussorischen Forderung sein Interesse amenden, also der deutschen fidejussorischen Forderung für den Jäger, etc.

Opel-Auto. 110 PS, offener 4-Glaser, abnehmbare Conturäder, etc.

Elekt. Staubsauger. Marke Piccolo, 0,5 PS, an jeden Stecktrommel anschließbar, etc.

Weyer-Verikon. 5. Ausgabe, 10 Bände, in verkaufen. Angebote unter Nr. 58114 an die „Badische Presse“.

Trauerbriefe u. Danksagungskarten werden rasch und sauber angefertigt in der Druckerei der „Bad. Presse“.

Wohnhaus. Wohnen eine Wohnung bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Bad, WC, etc.

Herrnzimmer. Dunkel eichen, m. reicher Schnitzerei, 4 Stühle mit 2 Hinterverstellern, etc.

Wohnhaus. Wohnen eine Wohnung bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Bad, WC, etc.